 Ausgabe A.

Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig

Nr. 62 Ausgegeben Danzig, den 6. Oktober 1937

Inhalt:

Alle zur Veröffentlichung im Gesetzblatt, im Staatsanzeiger Teil I und Staatsanzeiger Teil II bestimmten Druckaufträge müssen völlig druckreif eingereicht werden; es muß aus den Druckvorlagen selbst auch ersichtlich sein, welche Worte durch Sperrdruck oder Fettdruck hervorgehoben werden sollen (Sperrdruck einmal, Fettdruck zweimal unterstrichen). Die Geschäftsstelle des Gesetzblattes und des Staatsanzeigers für die Freie Stadt Danzig lehnt jede Verantwortung für etwaige auf Verschulden der Auftraggeber beruhende Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten der Druckvorlagen ab.

**Geschäftsstelle
des Gesetzblattes und Staatsanzeigers
für die Freie Stadt Danzig.**

Die Staatsbehörden und die einzelstehenden freistaatlichen Beamten werden auf die Bekanntmachung vom 15. 9. 1922 (Staatsanzeiger 1922 Nr. 87 Ziffer III, Abs. 1) hingewiesen, wonach zum 1. Dezember j. Js. der Bedarf an Gesetzblättern, Staatsanzeigern Teil I und II durch die vorgesetzte Senatsabteilung bei der unterzeichneten Geschäftsstelle anzumelden ist.

**Geschäftsstelle
des Gesetzblattes und Staatsanzeigers
für die Freie Stadt Danzig.**

168

Verordnung
zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung betreffend die Einführung des Danziger Staatlichen Hilfsdienstes.
Vom 22. September 1937.

Auf Grund des § 1 Ziffer 40 und 44 und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G.Bl. S. 273) und des die Geltungsdauer dieses Gesetzes verlängernden Gesetzes vom 5. Mai 1937 (G.Bl. S. 358 a) sowie des § 24 Abs. 2 der Verordnung betreffend die Einführung des Danziger Staatlichen Hilfsdienstes vom 19. Juni 1934 (G.Bl. S. 459) in der Fassung der Verordnung vom 19. November 1934 (G.Bl. S. 755) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Artikel I

Die Angehörigen des Danziger Staatlichen Hilfsdienstes sind während der Ausübung ihres Dienstes versicherungsfrei.

Krankenversicherung

Artikel II

(1) Scheidet ein Versicherter aus der Krankenkasse oder der Versicherung aus, um der Hilfsdienstpflicht zu genügen, so darf die Zeit dieser Dienstleistung nicht zu seinem Nachteil berücksichtigt werden, soweit der Erwerb eines Rechtes aus der Krankensicherung von der Zurücklegung einer Wartezeit

(Achter Tag nach Ablauf des Ausgabetages: 14. 10. 1937.)

oder davon abhängt, daß eine Versicherung von bestimmter Dauer innerhalb eines gleichfalls bestimmten Zeitraumes bestanden hat. Das gilt auch für die Zeit einer Erwerbslosigkeit bis zu sechs Wochen, welche sich unmittelbar an die Dienstleistung anschließt.

(2) Die Frist zur Stellung des Antrages auf Weiterversicherung (§ 313 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung) beginnt am Tage des Ausscheidens aus dem Staatlichen Hilfsdienst und läuft drei Wochen nach diesem Zeitpunkt ab. Für Hilfsdienstpflichtige, die zwischen dem 1. Oktober 1936 und dem Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung aus dem Staatlichen Hilfsdienst ausgeschieden sind, endet die Anzeigefrist mit Ablauf von drei Wochen nach Veröffentlichung dieser Verordnung.

Bescheinigungen

Artikel III

Der Nachweis über die erfüllte Hilfsdienstpflicht wird durch den Hilfsdienstpaß oder durch eine Bescheinigung des Danziger Staatlichen Hilfsdienstes erbracht.

Schlußbestimmungen

Artikel IV

Die zur Durchführung und Ergänzung dieser Verordnung notwendigen Verordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften erläßt der Senat.

Artikel V

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Danzig, den 22. September 1937.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

G 2153 Huth Großmann Rettelsky

169 **Verordnung**

zu der Vereinbarung zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und der Polnischen Regierung über eine Regelung für die zwangsweise Zurruhesetzung der unter das Danzig/polnische Abkommen vom 22. Oktober 1921 (Beamtenabkommen) fallenden Bediensteten der Polnischen Staatsbahnverwaltung in Danzig.

Vom 30. September 1937.

Auf Grund der Verordnung betreffend die Ermächtigung des Senats zur Verkündung Internationaler Verträge und Übereinkommen vom 18. Dezember 1933 (G.Bl. S. S. 631) wird folgendes mit Gesetzeskraft verkündet:

§ 1

(1) Der am 31. Juli 1937 in Danzig unterzeichneten Vereinbarung zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und der Polnischen Regierung über eine Regelung für die zwangsweise Zurruhesetzung der unter das Danzig/Polnische Abkommen vom 22. Oktober 1921 (Beamtenabkommen) fallenden Bediensteten der Polnischen Staatsbahnverwaltung in Danzig wird zugestimmt.

(2) Der Wortlaut der Vereinbarung wird in der Anlage veröffentlicht.

§ 2

Die Vereinbarung ist am 14. Mai 1937 in Kraft getreten.

Danzig, den 30. September 1937.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

P.A.V. 40[74] Greiser Dr. Hoppenrath

Vereinbarung

Der Senat der Freien Stadt Danzig und die Polnische Regierung sind, geleitet von dem Wunsche, für die zwangsweise Zurruhesetzung der unter das Danzig/polnische Abkommen vom 22. Oktober 1921 (Beamtenabkommen) fallenden Bediensteten der Polnischen Staatsbahnverwaltung in Danzig eine Regelung zu finden, die, ohne den Artikel 6 des vorgenannten Abkommens zu verändern, der Rechtslage dieses Artikels entspricht, wie folgt übereingekommen:

Artikel I.

Ein Bediensteter der Polnischen Staatsbahnverwaltung in Danzig, der unter das Danzig/polnische Abkommen vom 22. Oktober 1921 fällt, soll, wenn er durch Blindheit, Taubheit oder ein sonstiges körperliches Gebrechen oder wegen Schwächung seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zu der Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist, unter Beachtung der Vorschriften der Polnischen Staatsbahnverwaltung und der nachstehenden Bestimmungen in den Ruhestand versetzt werden.

§ 1

(1) Die Entscheidung darüber, ob ein Bediensteter durch Blindheit, Taubheit oder ein sonstiges körperliches Gebrechen oder wegen Schwächung seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist, wird durch eine ständige Ärztekommission getroffen, die ihre Entscheidungen nach ihrer ärztlichen Überzeugung abgibt.

(2) Die Ärztekommission besteht aus zwei von der Polnischen Staatsbahnverwaltung bestellten Ärzten, von denen der eine vom Senat der Freien Stadt Danzig aus den in der Freien Stadt Danzig ansässigen Ärzten Danziger Staatsangehörigkeit namhaft gemacht wird und möglichst mit den Erfordernissen des Verkehrs- und Behördendienstes vertraut sein soll. In der gleichen Weise wird je ein Vertreter für diese Ärzte bestellt.

(3) Glaubt die Ärztekommission, nicht zu einer übereinstimmenden Feststellung kommen zu können, so wird sie einen in der Freien Stadt Danzig ansässigen namhaften Spezialarzt Danziger Staatsangehörigkeit auswählen, dessen Gutachten von ihr als ihre Entscheidung angenommen werden wird.

(4) Erstreckt sich die Untersuchung auf das Sehvermögen oder auf das Hörvermögen, so wird die Ärztekommission einen in der Freien Stadt Danzig ansässigen Augenarzt oder Ohrenarzt auswählen, dessen Feststellung hinsichtlich des Sehvermögens oder des Hörvermögens als ihre Entscheidung angenommen werden wird.

§ 2

(1) Erachtet die Polnische Staatsbahnverwaltung in Danzig einen Bediensteten durch Blindheit, Taubheit oder ein sonstiges körperliches Gebrecheen oder wegen Schwächung seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Amtspflichten für dauernd unfähig, so eröffnet sie ihm oder seinem nötigenfalls hierzu besonders zu bestellenden Pfleger, daß er der Ärztekommission (§ 1 dieser Vereinbarung) überwiesen werden wird, wenn er nicht innerhalb 2 Wochen nach Zustellung des eröffnenden Bescheides selbst seine Versetzung in den Ruhestand nachsucht.

(2) Sucht der Bedienstete innerhalb 2 Wochen seine Versetzung in den Ruhestand nicht nach, so überweist die Polnische Staatsbahnverwaltung in Danzig ihn der Ärztekommission mit dem Ersuchen, festzustellen, ob der Bedienstete zur Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist. Das Ersuchen ist mit einer Begründung zu versehen, die alle Umstände enthalten soll, aus denen die Polnische Staatsbahnverwaltung die dauernde Unfähigkeit des Bediensteten zur Erfüllung seiner Amtspflichten zu erkennen glaubt. Eine Abschrift des Ersuchens wird dem Bediensteten oder seinem Pfleger zugestellt.

(3) Die Ärztekommission bestimmt selbst den Umfang der von ihr anzustellenden Prüfung und Untersuchung. Dabei steht ihr ein Vertreter des Dienstzweiges, dem der zu untersuchende Bedienstete angehört, zur Auskunftserteilung zur Verfügung. In seinem Beisein erörtert die Ärztekommission den Untersuchungsfall mit dem Bediensteten und seinem Pfleger.

(4) Der zu untersuchende Bedienstete hat den Ladungen und Anordnungen der Ärztekommission zu folgen. Stellt der Bedienstete sich der Ärztekommission nicht, so wird in derselben Weise verfahren, als wenn er seine Versetzung in den Ruhestand selbst nachgesucht hätte.

§ 3

(1) Die Entscheidung der Ärztekommission hat zu lauten entweder:

Der Bedienstete ist zur Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig

oder:

Der Bedienstete ist zur Erfüllung seiner Amtspflichten nicht dauernd unfähig

oder:

Der Bedienstete ist zur Erfüllung seiner Amtspflichten in der bekleideten Dienststellung dauernd unfähig, nicht aber in anderen (näher zu bezeichnenden) Dienststellungen des Eisenbahndienstes.

(2) Die Entscheidung ist mit einer Begründung zu versehen und in 2 Ausfertigungen der Polnischen Staatsbahnverwaltung in Danzig zu übersenden, die eine Ausfertigung dem Bediensteten zustellt.

§ 4

(1) Ist der Bedienstete nach Entscheidung der Ärztekommission zur Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig, so verfügt die Polnische Staatsbahnverwaltung die Auflösung des Dienstverhältnisses mit dem Bediensteten zwecks seiner Überführung in den Ruhestand.

(2) Ist der Bedienstete nach Entscheidung der Ärztekommission zur Erfüllung seiner Amtspflichten in der bekleideten Dienststellung, nicht aber in anderen Dienststellungen des Eisenbahndienstes dauernd unfähig, so verfügt die Polnische Staatsbahnverwaltung die Versetzung des Bediensteten in eine der von der Ärztekommission bezeichneten anderen Dienststellungen, sofern eine dieser Dienststellungen der bisherigen gleichwertig und der Bedienstete in dem betreffenden Dienstzweig ausgebildet ist. Sind die Voraussetzungen für die Versetzung in eine andere Dienststellung nicht gegeben, so verfügt die Polnische Staatsbahnverwaltung die Auflösung des Dienstverhältnisses mit dem Bediensteten zwecks seiner Überführung in den Ruhestand, wobei in der Verfügung zum Ausdruck gebracht wird, daß die Voraussetzungen der Verwendung in einer anderen Dienststellung nicht gegeben sind. Gehört der Bedienstete den Dienstzweigen des maschinentechnischen Dienstes, des Werkstättendienstes, des Bahnunterhaltungsdienstes, des Zugbegleitdienstes, des Weichenstellerdienstes oder des Rangierdienstes an, so verfügt die Polnische Staatsbahnverwaltung die Auflösung des Dienstverhältnisses mit dem Bediensteten zwecks seiner Überführung in den Ruhestand nach Ablauf eines Jahres von der Zustellung der Entscheidung der Ärztekommission, wenn bis dahin seine Unterbringung in einer gleichwertigen und seiner dienstlichen Ausbildung entsprechenden Dienststellung mangels einer freien Stelle nicht möglich war.

(3) Die Auflösung des Dienstverhältnisses mit dem Bediensteten gemäß Ziffer (1) oder (2) ist im Verwaltungswege endgültig.

(4) Die Zahlung des vollen Gehalts dauert bis zum Ablauf des Vierteljahres, das auf den Monat folgt, in dem die Verfügung über die Auflösung des Dienstverhältnisses dem Bediensteten zugestellt worden ist.

Artikel II

Diese Vereinbarung gilt unbeschadet der Rechtsstandpunkte der Parteien in allen anderen aus dem Artikel 6 des Danzig/polnischen Abkommens vom 22. Oktober 1921 sich ergebenden und die zwangsweise Versetzung in den Ruhestand nicht betreffenden Fragen, die den Charakter oder den Umfang der in dem Artikel 6 den übernommenen Beamten zugesicherten nachweislich erworbenen Rechte zum Gegenstand haben.

Danzig, den 31. Juli 1937.

Für den Senat der Freien Stadt Danzig:
gez. Ernst Büttner

Für die Polnische Regierung:
gez. Włodzimierz Moderow
gez. Dr. Schiller

Umowa

Senat Wolnego Miasta Gdańska i Rząd Polski, powodując się życzeniem uregulowania przymusowego przenoszenia w stan spoczynku pracowników Polskiego Zarządu Kolejowego w Gdańsku, objętych gdańsko-polską umową z dnia 22 października 1921 r. (umowa urzędnicza) w sposób, któryby, nie zmieniając artykułu 6 wymienionej umowy, odpowiadał stanowi prawnemu, wynikającemu z tego artykułu, zgodzili się co do następujących postanowień:

Artykuł I.

Pracownika Polskiego Zarządu Kolejowego w Gdańsku, objętego umową gdańsko-polską z dnia 22 października 1921 r., który z powodu ślepoty, głuchoty lub innej ułomności fizycznej bądź też z powodu osłabienia jego sił fizycznych lub umysłowych jest trwale niezdolny do wypełniania swoich obowiązków służbowych, należy przenieść w stan spoczynku przy zachowaniu przepisów Polskiego Zarządu Kolejowego oraz następujących postanowień:

§ 1

(1) Decyzję o tym, czy pracownik jest z powodu ślepoty, głuchoty lub innej ułomności fizycznej bądź też z powodu osłabienia jego sił fizycznych lub umysłowych trwale niezdolny do wypełniania obowiązków służbowych, wydaje stała Komisja Lekarska, która decyduje wedle swojego lekarskiego przekonania.

(2) Komisja Lekarska składa się z dwóch lekarzy, powołanych przez Polski Zarząd Kolejowy, z których jeden zostaje wskazany przez Senat Wolnego Miasta Gdańska z grona osiadłych w Wolnym Mieście Gdańsku lekarzy, obywately gdańskich, i o ile możności winien być obznajmiony z wymogami służby komunikacyjnej i służby w urzędach. W ten sam sposób wyznacza się po jednym zastępcy dla tych lekarzy.

(3) Jeżeli Komisja lekarska uzna, że nie może dojść do zgodnego ustalenia, to wówczas wybierze ona osiadłego w Wolnym Mieście Gdańsku wybitniejszego lekarza specjalistę, posiadającego obywatelstwo gdańskie i jego orzeczenie przyjmie jako swoją decyzję.

(4) Jeżeli badanie będzie dotyczyło siły wzroku lub słuchu, to Komisja lekarska wybierze jednego z osiadłych w Wolnym Mieście Gdańsku lekarzy dla chorób oczu lub uszu i jego stwierdzenie w sprawie siły wzroku lub słuchu przyjmie jako swoją decyzję.

§ 2

(1) Jeżeli Polski Zarząd Kolejowy w Gdańsku uzna, że pracownik z powodu ślepoty, głuchoty lub innej ułomności fizycznej bądź też z powodu osłabienia jego sił fizycznych lub umysłowych jest trwale niezdolny do wykonywania swych obowiązków służbowych, to wówczas zawiadamia jego samego lub też wyznaczonego dlań w tym celu kuratora, że zostanie skierowany do komisji lekarskiej (§ 1 niniejszej umowy), jeżeli w ciągu 2 tygodni po doręczeniu tego zawiadomienia nie zgłosi sam prośby o przeniesienie go w stan spoczynku.

(2) Jeżeli pracownik w ciągu 2 tygodni nie poprosi o przeniesienie go w stan spoczynku, to Polski Zarząd Kolejowy w Gdańsku skieruje go do Komisji Lekarskiej z wnioskiem o stwierdzenie, czy pracownik jest trwale niezdolny do wykonywania obowiązków służbowych. Wniosek ten winien zawierać uzasadnienie, w którym należy wyszczególnić wszystkie okoliczności, na zasadzie których Polski Zarząd Kolejowy przyjął, że pracownik jest trwale niezdolny do wykonywania jego obowiązków służbowych. Odpis tego wniosku doręczy się pracownikowi lub jego kuratorowi.

(3) Komisja Lekarska ustala sama zakres dochodzenia i badania, które ma przeprowadzić, przyczym udziela wyjasnień przedstawiciel tej gałęzi służby, do której należy pracownik, mający być badany. W jego obecności omawia Komisja Lekarska sprawę, podlegającą badaniu, z pracownikiem i jego kuratorem.

(4) Pracownik podlegający badaniu, winien zastosować się do wezwań i zarządzeń Komisji Lekarskiej. Jeżeli pracownik nie stawi się przed Komisją Lekarską, postępuje się w ten sam sposób, jak gdyby on sam prosił o przeniesienie go w stan spoczynku.

§ 3

(1) Decyzja Komisji Lekarskiej winna opiewać:

bądź:

Pracownik jest trwale niezdolny do wypełniania obowiązków służbowych

bądź:

Pracownik nie jest trwale niezdolny do wypełniania obowiązków służbowych

bądź też:

Pracownik jest trwale niezdolny do wypełniania obowiązków służbowych na zajmowanym stanowisku służbowym, natomiast nie na innych (bliżej określonych) stanowiskach służbowych w służbie kolejowej.

(2) Decyzja winna zawierać uzasadnienie i być nadesłana w dwóch egzemplarzach Polskiemu Zarządowi Kolejowemu, który jeden egzemplarz doręcza pracownikowi.

§ 4

(1) Jeżeli pracownik wedle decyzji Komisji Lekarskiej jest trwale niezdolny do wykonywania obowiązków służbowych, zarządza Zarząd Kolejowy rozwiązanie stosunku służbowego z pracownikiem celem przeniesienia go w stan spoczynku.

(2) Jeżeli pracownik wedle decyzji Komisji Lekarskiej jest trwale niezdolny do wypełniania obowiązków służbowych na zajmowanym stanowisku służbowym, natomiast nie na innych stanowiskach służbowych w służbie kolejowej, to Polski Zarząd Kolejowy zarządza przeniesienie pracownika na jedno z innych stanowisk, wskazanych przez Komisję Lekarską, o ile jedno z tych stanowisk jest równorzędne dotychczasowemu a pracownik jest wyszkolony w dotyczącej gałęzi służby. O ile nie zachodzą warunki przeniesienia na inne stano-

wisko, zarządza Polski Zarząd Kolejowy rozwiązanie stosunku służbowego z pracownikiem celem przeniesienia go w stan spoczynku, przyczym w zarządzeniu zaznacza się, że nie zachodzą warunki dla zatrudnienia go na innym stanowisku służbowym. O ile pracownik należy do gałęzi służbowych służby mechanicznej, warsztatowej, drogowej, konduktorskiej, zwrotniczej lub przetokowej, to Polski Zarząd Kolejowy zarządza rozwiązanie z nim stosunku służbowego celem przeniesienia go w stan spoczynku po upływie jednego roku od dnia doręczenia decyzji Komisji Lekarskiej, o ile do tego czasu z powodu braku wolnego miejsca nie było możliwym zatrudnienie go na stanowisku równorzędnym i odpowiadającym jego wyszkoleniu służbowemu.

(3) Rozwiązanie stosunku służbowego z pracownikiem w myśl punktu (1) lub (2) jest w drodze administracyjnej ostateczne.

(4) Wypłata pełnego uposażenia trwa do upływu kwartału, następującego po miesiącu, w którym zarządzenie o rozwiązaniu stosunku służbowego zostało doręczone pracownikowi.

Artykuł II.

Niniejsza umowa obowiązuje, nie przesądzając stanowiska prawnego stron, we wszystkich innych kwestiach, mogących wyniknąć z artykułu 6 gdańsko-polskiej umowy z dnia 22 października 1921 r. a nie dotyczących przymusowego przeniesienia w stan spoczynku, których przedmiotem jest charakter lub zakres dowodnie nabytych praw zastrzeżonych pracownikom przejętym w artykule 6.

Gdańsk, dnia 31 lipca 1937 r.

Za Senat Wolnego Miasta Gdańska:
(—) Ernst Büttner

Za Rząd Polski:
(—) Włodzimierz Moderow
(—) Dr. Schiller

170

Verordnung

zur Abänderung der Verordnung betreffend Vereinheitlichung der Tarife für Elektrizität und Gas im Gebiet der Freien Stadt Danzig vom 16. August 1935 (G.Bl. S. 890).

Vom 2. Oktober 1937.

Auf Grund des § 1 Ziffer 11 und 65 und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G.Bl. S. 273) sowie des die Geltungsdauer dieses Gesetzes verlängernden Gesetzes vom 5. Mai 1937 (G.Bl. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Artikel I

Die Verordnung betreffend Vereinheitlichung der Tarife für Elektrizität und Gas im Gebiet der Freien Stadt Danzig vom 16. August 1935 (G.Bl. S. 890) wird wie folgt geändert:

1. Der § 3 der Verordnung erhält folgenden zweiten Absatz:

In den Landkreisen werden für solche Versorgungsanlagen, welche nach dem 1. Juli 1933 hergestellt sind, Baukostenzuschüsse von den Abnehmern erhoben, deren Höhe und Umlegung von dem Werk im Einvernehmen mit dem Kommissar für die gesamte Energiewirtschaft im Gebiet der Freien Stadt Danzig festgesetzt wird. Abnehmer, welche an solche Anlagen angeschlossen sind und den festgesetzten Baukostenzuschuß nicht zahlen, haben einen Aufschlag auf den jeweiligen Arbeitspreis, zu welchem sie Licht und Kraft beziehen, von 10 P je Kilowattstunde zu bezahlen. Das Recht des Werks, Anschlußsuchenden, welche die Zahlung von Baukostenzuschüssen verweigern, den Anschluß abzulehnen und Abnehmern, welche die Baukostenzuschüsse nicht zahlen, die Stromzufuhr zu sperren, bleibt unberührt. Bestehende Vereinbarungen zwischen dem Werk und Abnehmern über Baukostenzuschüsse werden durch diese Regelung nicht betroffen.

2. Im Elektrizitätstarif (Anlage A) erhält die Tarifstelle III Kraftstromtarif für Landwirte folgende Fassung:

Dieser Tarif gilt für landwirtschaftliche Abnehmer, deren Besitz mindestens 1 ha groß ist.

Das jeweilige Abrechnungsjahr beginnt mit den Verbrauchsfeststellungen nach dem 1. Juli.

Es wird monatlich eine Grundgebühr von 18 P je Hektar und dazu ein Arbeitspreis je angezeigte Kilowattstunde erhoben.

Es kostet als Arbeitspreis

a) bei einem Verbrauch im Rahmen der vom Werk zu bestimmenden Normalsätze die Kilowattstunde . . . . 20 P,

b) bei einer Steigerung der Stromabnahme darüber hinaus die Kilowattstunde . . . 10 P.

Der als Normalsatz zu berücksichtigende Verbrauch wird vom Werk festgesetzt. Er darf betragen bei einem Besitz von

1—100	ha für den ha und das Jahr höchstens	20 Kilowattstunden,
101—150	„ „ „ „ „ „ „ „	19 „
151—200	„ „ „ „ „ „ „ „	18 „
201—250	„ „ „ „ „ „ „ „	15 „
über 250	„ „ „ „ „ „ „ „	12 „

Die vorübergehende Abmeldung einer Anlage entbindet nicht von der Zahlung der Grundgebühr. Erfolgt eine Abmeldung ohne dauernde Räumung oder ohne Wechsel des Grundstücks, so sind bei Wiedereinschalten der Anlage die inzwischen ausgefallenen Grundgebühren nachzuzahlen.

3. Im Elektrizitätstarif (Anlage A) wird hinter Tarifstelle VII neu eingefügt:

Tarifstelle VIII. Kraftstromtarif für Schöpfwerke.

Für den Betrieb von Schöpfwerken sind je angezeigte Kilowattstunde

für den Verbrauch von Kraftstrom in den Tagesstunden . . . . 37 P,

„ „ „ „ „ „ „ Nachtstunden . . . . 10 P,

zu zahlen.

Als Nachtstunden gelten die Zeiten von 19½ bis 7 Uhr.

Insoweit in bestehenden Vereinbarungen die Stromlieferung unentgeltlich oder zu niedrigeren Preisen als den vorstehenden erfolgt oder sonst etwas anderes über die Stromlieferung vereinbart ist, tritt die vorstehende Regelung mit dem 1. 4. 1940 an die Stelle der bisherigen Regelung.

Artikel II

Die neuen Preise treten für den Verbrauch mit der Standablesung im August 1937 in Kraft, soweit in dieser Veröffentlichung nichts anderes bestimmt ist.

Danzig, den 2. Oktober 1937.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

B 651/37 Greiser Dr. Hoppenrath

171

Druckfehlerberichtigung.

In der Anlage 6 zur Verordnung zur Senkung der Einkommensteuer vom 28. 9. 1937 ist auf Seite 528 in Spalte 7 erste Zeile von oben die Zahl 19 983 zu ersetzen durch die Zahl **19 383.**

Schriftleitung: Geschäftsstelle des Gesetzblattes und Staatsanzeigers. — Druck von A. Schroth in Danzig.

Es folgt als Arbeitspreis

a) bei einem Verbrauch im Rahmen der vom Werk zu bestimmenden Normalsätze die Kilowattstunde . . . . 20 P,

b) bei einer Steigerung der Stromabnahme darüber hinaus die Kilowattstunde . . 10 P.

Der als Normalsatz zu berücksichtigende Verbrauch wird vom Werk festgesetzt. Er darf betragen bei einem Besitz von

1—100	ha für den ha und das Jahr höchstens	20	Kilowattstunden,
101—150	" " " " " " " "	19	"
151—200	" " " " " " " "	18	"
201—250	" " " " " " " "	15	"
über 250	" " " " " " " "	12	"

Die vorübergehende Abmeldung einer Anlage entbindet nicht von der Zahlung der Grundgebühr. Erfolgt eine Abmeldung ohne dauernde Räumung oder ohne Wechsel des Grundstücks, so sind bei Wiedereinschalten der Anlage die inzwischen ausgefallenen Grundgebühren nachzuzahlen.

3. Im Elektrizitätstarif (Anlage A) wird hinter Tarifstelle VII neu eingefügt:

Tarifstelle VIII. Kraftstromtarif für Schöpfwerke.

Für den Betrieb von Schöpfwerken sind je angezeigte Kilowattstunde
für den Verbrauch von Kraftstrom in den Tagesstunden . . . . 37 P,
" " " " " " " Nachtstunden . . . . 10 P
zu zahlen.

Als Nachtstunden gelten die Zeiten von 19½ bis 7 Uhr.

Insoweit in bestehenden Vereinbarungen die Stromlieferung unentgeltlich oder zu niedrigeren Preisen als den vorstehenden erfolgt oder sonst etwas anderes über die Stromlieferung vereinbart ist, tritt die vorstehende Regelung mit dem 1. 4. 1940 an die Stelle der bisherigen Regelung.

Artikel II

Die neuen Preise treten für den Verbrauch mit der Standablesung im August 1937 in Kraft, soweit in dieser Veröffentlichung nichts anderes bestimmt ist.

Danzig, den 2. Oktober 1937.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

B 651/37 Greiser Dr. Hoppenrath

171 Druckfehlerberichtigung.

In der Anlage 6 zur Verordnung zur Senkung der Einkommensteuer vom 28. 9. 1937 ist auf Seite 528 in Spalte 7 erste Zeile von oben die Zahl 19 983 zu ersetzen durch die Zahl 19 383.

Schriftleitung: Geschäftsstelle des Gesetzblattes und Staatsanzeigers. — Druck von A. Schroth in Danzig.